

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Müller
Stadtrat

Verena Dietl
Stadträtin

München, 19.02.2009

Weiterentwicklung der Angebote der Berufsbezogenen Jugendhilfe

Antrag

Das Stadtjugendamt wird beauftragt, die Angebote der Berufsbezogenen Jugendhilfe München im Hinblick auf deren konzeptionelle Schwerpunkte, Finanzierung und Struktur weiter zu entwickeln und gegebenenfalls Vorschläge zu einer Weiterentwicklung des Feldes und der Einrichtungen zu unterbreiten. Außerdem sollen die Möglichkeiten der Kofinanzierung durch den Europäischen Sozialfonds (EFS) dargestellt werden.

Begründung:

Seit der Einführung der ARGE haben sich die gesetzlichen Förder- und Vergabegrundlagen des SGB II und III verändert. Das Land Bayern schloss zwischen allen Beteiligten eine Kooperationsvereinbarung zum §13 SGB VIII ab. Das Programm des ESF wurde zudem für eine neue Förderperiode fortgeschrieben. In München konzentriert sich die ARGE für Beschäftigung München GmbH in unterschiedlichsten Maßnahmen aktuell auf ca. 1.500 junge Menschen mit ausgesprochen hohem Förderbedarf im Bereich Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Integration. Diese jungen Menschen sind im System der ARGE und schwer in den ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt vermittelbar. Sie sind besonders sozial benachteiligt (§13 SGB VIII) und haben einen hohen Förderbedarf. Für diese Zielgruppe schlossen die Bayerische

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089- 23 39 26 27, Fax: 089- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN

**SPD**

Staatsregierung, Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, der Bayerische Städtetag, der bayerische Landkreistag, der Bayerische Gemeindetag, die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern und die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Bayern am 26.08.2008 eine Kooperationsvereinbarung.

Die Weiterentwicklung soll dazu dienen, die Berufsbezogene Jugendhilfe als notwendiges kommunales Angebot der Jugendhilfe nach § 13 SGB VIII im Bereich berufliche und gesellschaftliche Integration zukunftsfähig zu gestalten.

gez.
Christian Müller
Stadtrat

gez.
Verena Dietl
Stadträtin